

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 30.09.2009	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I/II Amt: Hauptamt 110	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☐ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2009/0422 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Abschluss einer Dienstvereinbarung zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wissenschaftsstadt Darmstadt vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz

Vorlage vom: 21. 9.2009

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat nimmt von dem vorliegenden Entwurf einer Dienstvereinbarung zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wissenschaftsstadt Darmstadt vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz Kenntnis und stimmt dem Abschluss der Dienstvereinbarung für die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe zu.
Die Rechte der Personalvertretung werden gewahrt.

Anlagen: Entwurf Dienstvereinbarung zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Beschluss des Magistrats vom

Begründungsseite zur Magistratsvorlage vom 21. September 2009

Für die seit 1997 bestehende Dienstvereinbarung zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz hat sich die gesetzliche Grundlage geändert. Darüber hinaus zeigte die praktische Umsetzung, dass einzelne Formulierungen einer Konkretisierung bzw. Änderung bedürfen. Die Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes (AG-HGIG) hat daher in Abstimmung mit dem Rechtsamt die alte Dienstvereinbarung überarbeitet und den aktuellen Erfordernissen angepasst. Der AG HGIG gehören Vertreterinnen und Vertreter des Dezernates V, der Personalräte, des Hauptamtes-Personalabteilung sowie die Frauenbeauftragten an. Eine umfassende Vorabbeteiligung nach dem HGIG sowie dem HPVG bei der Erstellung der Dienstvereinbarung ist somit sichergestellt.

Darmstadt, den 21. September 2009
I/II/110-4 ml

Walter Hoffmann
Oberbürgermeister

Wolfgang Glenz
Bürgermeister

Jochen Partsch
Stadtrat

Anlage